

AntragstellerIn:

Vorstand

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

Dass in den Beschluss vom 26.01.2018 bzgl. der Festplattenklage mit dem Ausdruck „ggf. weiter notwendig werdende gerichtliche Schritte“ auch eine Verfassungsbeschwerde inkludiert ist und die vom Vorstand eingelegte Verfassungsbeschwerde auch vom aktuellen StuRa befürwortet wird.

Begründung:

Am 14.1. wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt gegen das Urteil des OVG Berlin Brandenburg bzgl unserer Festplattenklage.

Die Entscheidung wurde vom Vorstand getroffen. Dies war notwendig, da mit der Frist 14.1 und einer zu erwartbaren Dauer von 10 Tagen für die Erstellung einer Verfassungsbeschwerde noch während der Winterpause entschieden werden musste. Somit bestand keine Gelegenheit eine StuRa Sitzung abzuwarten. Bei seiner Entscheidung orientierte sich der Vorstand an dem StuRa Beschluss vom 26.01.2018 in dem es unter anderem heißt:

„Der StuRa unterstützt alle bereits ergriffenen und ggf. weiter notwendig werdende gerichtliche Schritte des Vorstands, um zu verhindern, dass Sicherheitsbehörden des Landes, und hierbei insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz, die bei der Verfassten Studierendenschaft im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung angefallenen Daten überprüfen können.“

Auf Hinweis unserer Finanzstelle möchten wir mit diesem Antrag nochmal ausdrücklich klären, dass dieses Vorgehen, insbesondere das weitere Verfolgen der Verfassungsbeschwerde im Sinne des StuRas ist und dieser sich der Kosten bewusst ist.

Die Kosten betragen 6000€ + Steuern. Diese Kosten sind unsere Anwaltskosten und lassen sich auch nicht mehr verhindern. Weitere Kosten wie Gerichtskosten oder Kosten der Gegenseite entstehen bei einer Verfassungsbeschwerde nicht.

